

Eine Erfolgsgeschichte des Antisemitismus in Deutschland

Der wichtigste Feiertag im Judentum, der heilige Schabbat, ist in der Bunderepublik Deutschland nicht gesetzlich geschützt
Die Politik stellt Antisemitismus mit Rassismus gleich

Zum 70. Jahresstag des Zentralrates der Juden in Deutschland.
Von Shimon Nebrat
Juli - September 2020

Der sogenannte Zentralrat der Juden in Deutschland feiert seinen 70. Jahresstag. Diese merkwürdige Religionsgemeinschaft ist seit ihrer Gründung von nicht religiösen Menschen geführt worden und bietet keine Möglichkeit für Juden, Judentum zu praktizieren. Für Juden in Deutschland, deren politische und religiöse Vertretung die deutsche Politik exklusiv dem Zentralrat der Juden in Deutschland zugeschrieben hat, gibt es daher keinen Grund zu feiern.

Nach jedem antisemitischen Angriff, der in der Bundesrepublik Deutschland mittlerweile durchschnittlich auf zwei Mal täglich gestiegen ist, ist der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland (ZR), Josef Schuster, den Presseberichten zufolge, entweder bestürzt, fassungslos, schockiert, entsetzt, erschüttert, besorgt, sprachlos oder enttäuscht. Wer täglich einer solchen psychischen Belastung ausgesetzt ist, sollte eigentlich schon längst psychisch krank sein.

Doch geht es Josef Schuster und seinem Sohn, Aaron Schuster, dem der fürsorgliche Vater neulich einen sicheren und sehr lukrativen Arbeitsplatz als Direktor der Zentralwohlfahrtstelle der Juden in Deutschland (ZWSt), einer Tochterorganisation des ZR, besorgt hat, sehr gut. Josef Schuster ist auch nicht immer bestürzt. Er ist gleichzeitig immer froh, dass die Machthabenden jeden antisemitischen Angriff in Deutschland in ihren Sonntagsreden „aufs Schärfste“ verurteilen. Noch schärfer verurteilen sie konsequent die einzige echte Demokratie im Nahen Osten, mit dem Unterschied, dass nach diesen Verurteilungen auch Taten folgen, wie kontinuierliche Abstimmung gegen den Staat Israel bei der UNO, Finanzhilfen für die Feinde Israels und des Judentums, allseitiges aggressives Vorgehen gegen das (echte) Judentum in Deutschland, sowie hass- und antisemitismusschürende staatspolitische Propaganda.

Während Heinz Galinski, der erste Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland und von 1949 bis 1992 Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, sich noch tatkräftig für die Rückgabe des weggenommenen Eigentums der vernichteten jüdischen Gemeinden einsetzte und sein Nachfolger, Ignatz Bubis, wenigstens gegen die Pläne der Bundesregierung, die Zuwanderung der Juden aus der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland zu stoppen, protestierte, haben sich Paul Spiegel (Präsident des ZR ab 2000), Dieter Graumann und Josef Schuster offensichtlich auf „Staatliche Finanzierung für Koscherstempel“ geeinigt. Es ist wohl besser, auf öffentlichen Millionen zu sitzen, als auf gepackten Koffern. Das Budget des ZR sowie der ZWSt wird zu 99,9 % aus öffentlichen Mitteln getragen.

2003 hat der ZR vom damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder einen Staatsvertrag erhalten. Seitdem begrüßt bzw. ignoriert der ZR regelmäßig Handlungen der Bundesregierung, die direkt oder indirekt gegen Juden und gegen den Staat Israel gerichtet sind, und ignoriert die massive staatspolitische Hass-Propaganda gegen Juden und gegen unseren Staat Israel.

Wie Dieter Graumann zu seiner Zeit doppelsinnig andeutete, „ein guter Rat kostet Geld“. Im Jahr 2018 hat der Bund seine jährliche finanzielle Unterstützung für den Zentralrat der Juden für seine guten politischen Leistungen um drei Millionen auf insgesamt 13 Millionen Euro erhöht. Dazu kommen zahlreiche weitere jährliche institutionelle Förderungen und Projektförderungen.

Kein jüdisches Leben möglich

Ein jüdisches Leben besteht, wenn Jüdinnen und Juden gemeinsam und ungestört Judentum praktizieren.

Zwischen 1945 und 1990 konnte keine Rede von einem jüdischen Leben in Deutschland sein. Nach verschiedenen Angaben kehrten etwa 5 bis 15 Tausend Holocaustüberlebende zurück nach Deutschland. Sie waren damit beschäftigt, ihr gestohlenen Eigentum zurück zu bekommen.

Im Rahmen einer befristeten politischen Aufnahmeaktion von jüdischen Zuwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion in den Jahren 1990 – 2004, kamen maximal ca. 80.000 jüdische Zuwanderer, davon ca. 30.000 Juden, nach Deutschland. Der Wiederaufbau eines jüdischen Lebens ist jedoch von den Machthabenden in Zusammenarbeit mit dem Zentralrat der Juden massiv verhindert worden und hat nicht stattgefunden. Die Zugewanderten sind einem zentralen Verteilungsschlüssel des Bundesamtes für Migration entsprechend über das gesamte Land zerstreut worden, was den Wiederaufbau einer für das jüdische Leben notwendigen Infrastruktur ausgeschlossen hat.

Den ZR freute es zunehmend, dass sich die Zugewanderten nicht nur den noch sehr sporadisch bestehenden und praktisch mitgliederlosen jüdischen Gemeinden anschließen, sondern auch ihre eigenen Kulturvereine gründeten, die sie im Hinblick auf staatliche Förderungen als jüdische Gemeinden bezeichneten. Diese Gruppierungen nahm der ZR ebenso im Hinblick auf die Erhöhung staatlicher Förderungen als Mitglieder auf und konnte dadurch eine wachsende Zahl von Mitgliedsgemeinden vorweisen.

Die notwendigen Bedingungen für den Wiederaufbau des vernichteten jüdischen Lebens hat der ZR in seiner engen Partnerschaft mit der Bundesregierung nicht geschaffen:

Es gibt kein Bundesgesetz zum Wiederaufbau des vernichteten jüdischen Lebens. Ein Rechtsanspruch auf den Wiederaufbau des jüdischen Lebens besteht nicht. Der wichtigste Feiertag im Judentum, der Heilige Schabbat, ist nicht gesetzlich geschützt. Das Eigentum der beiden vernichteten jüdischen Bundesverbände und ihrer Landesverbände ist mit wenigen Ausnahmen an die amerikanische Jewish Claims Conference übergeben worden bzw. ist die Rückübertragung abgelehnt worden. Nur wenige jüdische Gemeinden haben ihr Eigentum zurückbekommen.

Das Arbeitsalter der aus der ehemaligen Sowjetunion eingewanderten Juden und damit auch ihre Rentenansprüche sind in der BRD nicht anerkannt worden, die Älteren leben deswegen in Armut.

Das Durchschnittsalter der Zugewanderten lag über 60. Aktuell sind die jüdischen Gemeinden in Deutschland überaltert und schrumpfen, auch aufgrund der Abwanderung, rasant.

In Deutschland gib es nur eine Handvoll autorisierter Rabbiner. Es gib kein anerkanntes Rabbinengericht, keinen einzigen anerkannten jüdischen Richter und auch keinen Rabbiner, der halachische Entscheidungen treffen kann.

Es gibt nur eine Handvoll Gemeinden, die über eine jüdische Schule und einen jüdischen Kindergarten verfügen. Es handelt sich dabei jedoch nicht um Religionsschulen, die für das Fortbestehen des jüdischen Lebens unabdingbar sind.

Juden in Deutschland müssen sich - massiv bedroht durch die Islamisierung Deutschlands - verstecken und ihre Zugehörigkeit zum Judentum verschweigen. In der Öffentlichkeit können keine jüdischen Symbole und keine jüdische Bekleidung mehr getragen werden. Der einem Angriff auf einen Kipa-Träger folgende Aufruf des ZR-Präsidenten Schuster, Juden sollten Kipa, eine jüdische Kopfbedeckung für Männer, in der Öffentlichkeit tragen, klingt besonders perfide, da Schuster selbst in der Öffentlichkeit keine Kipa trägt, obwohl er polizeilichen Personenschutz genießt.

Eine Förderung der für die Gemeindeeinrichtungen notwendigen Schutzmaßnahmen wie Einlasskontrollen durch einen Wachschutzdienst lehnen die zuständigen Ministerien überwiegend ab.

Es gibt in Deutschland praktisch keine Möglichkeit, Judentum zu praktizieren, da es ohne eine notwendige Infrastruktur und bei ständiger Angst, dass Familienangehörige und insbesondere jüdische Kinder wegen ihrer Zugehörigkeit zum Judentum angegriffen und diskriminiert werden, nicht zu schaffen ist.

Einer der bekanntesten Vertreter des deutschen Judentums, der Holocaustüberlebende Leo Baeck, hat im Dezember 1945 gesagt:

„Für uns Juden aus Deutschland ist eine Geschichtsepoche zu Ende gegangen. Eine solche geht zu Ende, wenn immer eine Hoffnung, ein Glauben, eine Zuversicht endgültig zu Grabe getragen werden muss. Unser Glaube war es, dass deutscher und jüdischer Geist auf deutschem Boden sich treffen und durch ihre Vermählung zum Segen werden könnten. Dies war eine Illusion – die Epoche der Juden in Deutschland ist ein für alle Mal vorbei.“

Wir haben diese Worte damals nicht ernstgenommen. Auch haben wir die bereits im Jahr 1948 vom berühmtesten Vertreter des deutschen Nachkriegs-Judentums, dem Holocaustüberlebenden Heinz Galinski ausgesprochenen Warnungen nicht ernst genommen:

„Es ist entmutigend für die Juden in Deutschland, dass in den vergangenen drei Jahren weder in Wort noch in Tat auch nur Zeichen des Bedauerns zu spüren waren... man weigerte sich im Gegenteil, den damals gestohlenen Besitz herauszugeben...“

Nicht richtig zugehört haben wir, als sein Nachfolger, der Präsident des sogenannten Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis im Gespräch mit dem Magazin "Stern" im Juli 1999 sein Vermächtnis verkündete:

"Ich habe fast nichts bewegt... Ich habe gedacht, vielleicht schaffst du es, dass die Menschen anders übereinander denken, anders miteinander umgehen... Wir sind fremd geblieben... Jeder in Deutschland fühlt sich verantwortlich für Schiller, für Goethe... aber keiner für Himmler."

Es bleibt festzustellen, dass in Deutschland kein jüdisches Leben mehr wiederentstehen wird. Hier kann nur das deutsche Ersatzjudentum fortbestehen – ohne Juden, ohne Religion, ohne Tora.